

## Zeit für eine neue Partnerschaft zwischen Jägern und Bürgern

Luxemburg, den 7. Januar 2004

Das Verwaltungsgericht hat in den vergangenen Wochen einer Grundbesitzerin Recht gegeben, die unter Unterstützung von DÉI GRÉNG dagegen geklagt hat, dass auf ihrem Boden eine Jagd stattfindet. Damit wurde der Schutz des Grundbesitzes anerkannt und ethischen und moralischen Einwänden gegen die Jagd Rechnung getragen. Das Gericht hat sich bei seiner Rechtsprechung auf ein Urteil des Menschenrechtsgerichtes von 1999 bezogen, dass einem Kläger, der sich auf die europäische Menschenrechtskonvention berufen hat, Recht gegeben hat.

Für DÉI GRÉNG bedeutet dieses Urteil nicht das Ende jeglicher Jagd, sondern nur den Anfang einer modernen Jagdpolitik, die auf einer Partnerschaft zwischen Jägern und Bürgern beruht. DÉI GRÉNG bedauern daher, dass die Regierung keine Lehren aus diesem Urteil zieht: Anstatt eine neue Partnerschaft zwischen Jägern und Bürgern zu fördern und ein neues Jagdgesetz auszuarbeiten, das Bürgerrechte garantieren und die Jagdsyndikate demokratisieren würde, beschränkt sich der Umweltminister darauf, gegen dieses Urteil in Berufung zu gehen.

Parallel hat der Minister erneut die Genehmigung für eine Treibjagd im Bamboesch erteilt, die am kommenden Freitag stattfinden wird. „Diese Entscheidung steht für eine Jagdpolitik von gestern: Sie trägt nicht zu einer Lösung des Problems des hohen Wildschweinbestandes bei, verzichtet auf Dialog und sucht die direkte Konfrontation mit den Bürgern“, erklärt Camille Gira, Abgeordneter von DÉI GRÉNG.

Es ist daher umso begrüßenswerter, dass DÉI GRÉNG sich Anfang dieser Woche auf parlamentarischer Ebene mit ihren Forderungen durchsetzen konnten: Nach jahrelangem Tauziehen wurde beschlossen eine Orientierungsdebatte über die Reform des Jagdgesetzes, das teilweise aus dem 19. Jahrhundert stammt, zu organisieren. Die Umweltkommission hat am vergangenen Dienstag endlich einen Zeitplan für die Vorbereitung dieser Debatte ausgearbeitet und einen Fragebogen verabschiedet, der an alle Akteure gehen wird, die sich in der Jagdproblematik zu Wort melden.

Diese Debatte schafft endlich die Möglichkeit, eine breite gesellschaftliche Debatte über ein Jagdgesetz zu organisieren, das Naturschutz, moderne Forstwirtschaft, Tierschutz und Bürgerrechte verbindet. DÉI GRÉNG haben bereits vor zwei Jahren ihre 13 grundsätzlichen Vorschläge für ein modernes Jagdgesetz vorgelegt und fordern die anderen Parteien auf, jetzt auch klar Position zu beziehen.

Camille Gira, Abgeordneter

Weitere Informationen:

[Das Urteil des Verwaltungsgericht vom 18.12.2003 - Originaltext](#)

[13 Forderungen für ein neues Jagdgesetz - Positionspapier von DÉI GRÉNG](#)